

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Druckamt
Tagesblatt Riesner
Bernauer Nr. 20.
Vostfach Nr. 52.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesner, des Rates der Stadt Riesner, des Finanzamts Riesner und des Hauptzollamts Meißen bestmöglicherweise bestimmte Blatt.

Postkassentanz:
Dresden 1530.
Strohpost:
Riesner Nr. 52.

Nr. 288.

Freitag, 5. Dezember 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintrittens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Abgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 9 mm breite, 4 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Elben) 25 Gold-Pfennige; die 8 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; gezeigter und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bei wichtigeren Werbeflächen, wenn der Betrag vergrößert, durch Anschlag eingetragene oder durch Auftragsgeber in Kontur gezeichnet. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesner. Achtstündige Unterhaltungsbeilage "Jugend an der Elbe". - Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Riesner oder der Besondereinrichtungen - hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ränger & Winterlich, Riesner. Geschäftskasse: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesner; für Anzeigentel: Wilhelm Dietrich, Riesner.

Die große Aussprache im Reichstag. Der Reichskanzler bittet um Annahme der Notverordnung.

(Berlin, 5. Dezember, 10 Uhr. In der heutigen Sitzung des Reichstages wurde die erste Beratung des Haushalts für 1931

in Verbindung mit der Aussprache über die neue Notverordnung und die dazu vorliegenden Anträge fortgesetzt. Abg. Rippel (Christl.-Soz.) erklärt, man möge über die Anwendung des Artikels 48 denken wie man wolle. Tatsache sei, daß gewisse Kreise des Volkes es beäugeln, daß der Reichskanzler sich nicht in unangenehme Verhandlungen ergebe, sondern klar und selbstbewußt handle. Bessere Vorschläge als die der Regierung habe man in der Aussprache nicht gehört. Tributzahl und Entlassung der Bolschewisten seien Seitenfragen, die verblieben, wenn man zusehe, dringend notwendig sei vor allem auch die Sanierung der Gemeinden. Die Parteierschaft auf den Rathhäusern habe der Selbstverwaltung das Grab gegraben. Es sei unerträglich, wenn zum Beispiel ein Oberbürgermeister im Wuppertal über 30.000 Mark und der Regierungsräsident des Reichsdienstes 18.000 Mark Gehalt beziehe. Ein Musterbeispiel von Überverwaltung liefere die Stadt Bismarck. Stadt und Reichspost beschäftigten je 1200 Personen, während bei der Post auf die 1200 Beamte vier leitende Beamte kommen, habe die Stadt Bochum deren 57. Die Reichspost habe 8 1/2 Millionen an ihre 1200 Beamte als Gehalt zu zahlen und die Stadt Bochum mehr als 8 1/2 Millionen. Der Volksdienst lasse sich in keiner positiven Hinsicht zum Staat nicht einreihen unter die hemmungslos erfüllungspflichtigen, denn er wolle mitbewellen unser Volk schäbig zu machen für einen Kampf um die Revision der Tributslisten und um die Freiheit des Volkes.

Abg. Drewnik (Wirtschaftspartei) erinnert an die Zeit von 1923, in der die finanzielle Lage des Reiches ähnlich gewesen sei wie jetzt. Damals sagte der Reichsfinanzminister Dr. Luther, auf die Dauer könne nicht die Mehrheit des Volkes auf Kosten der Minderheit leben. Mit sozialistischen Experimenten habe man damals den Zustand herbeigeführt, daß das verarmte Deutschland weit über seine Verhältnisse lebe. Die Wirtschaftspartei, die der Regierung nicht annehme, habe damals die Sanierungspolitik der Regierung unterstützt. Sie hat sich dagegen gemacht, daß von den Radikalen Rußland und Schließen die angesammelten Reserven verpulvert wurden. Wir sind als Reaktionäre beschimpft worden, weil wir gegen die verwerfliche Ausgabenentwicklung und auch gegen die überhöhte Besoldungsordnung gekämpft haben. (Zurufe von den Sozialdemokraten.) Wenn Sie (zu den Sozialdemokraten) mit Ihren Jurens mit meinen Beruf als Wählerkritiker, vorwerfen, so beweisen Sie damit die Großmännlichkeit des Parteibeamten, der eheliche Arbeit verrichtet. (Geßtaffer Beifall bei der Wirtschaftspartei.) Wir haben immer die Ausgabenentwicklung gefordert, aber man ist nicht gelangt. Wenn nun zur Gehaltskürzung bei den Beamten geschritten werden muß, so ist es ein Geßtaffer, wenn man die Verantwortung dafür allein der Wirtschaftspartei zuschieben will. Die Regierungsverantwortung sollte endlich genug sein. Ihre Verantwortung dafür zuzugewinnen. Von der Regierung müssen wir verlangen, daß sie energisch sich gegen die Beamtenorganisation wendet, die jetzt der Wirtschaftspartei die Verantwortung aufbürden wollen und zum Boykott der Geschäfte auffordern, deren Führer unsere Mitglieder sind. Wir haben uns immer bereit erklärt, an der Sanierung der Finanzen des Reiches mitzuwirken. Wenn die Regierung jede Forderung ihrer Notverordnung ablehnt, dann wird uns nichts anderes übrig bleiben, als die ganze Notverordnung abzulehnen. Wir haben uns keineswegs gegen den Reichsbahnverkehr, aber wir haben auch Gehalt ausgeprochen, daß die Präsidentenaktion der Regierung Epigonalität ist. Das Arbeitsministerium hat zwar Verhandlungen mit den Konsumvereinen über die Preisentwicklung geführt, aber es hat doch nicht die Vertreter des Handels und Kleinhandels zugezogen. Die Vertreter der Konsumvereine haben erklärt, daß sie die Preise nicht weiter senken können. Die Unternehmer und Gewerkschaftsvertreter vereinbarten aber auf dieser im Ministerium veranstalteten Konferenz, daß Konsumvereine, Werkstoffkonsumvereine und Warenhändler einen klaren Konsumvereinskampf gegen den Kleinhandel anführen. Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß eine Preisentwicklung erreicht wird, die Voraussetzung ist aber eine heftige Entlastung der Wirtschaft. Die wenigen guten Bestandteile der Notverordnung werden bei weitem überwogen durch die für uns unannehmbaren Bestimmungen. Wir lehnen deshalb die Notverordnung ab. (Rufe: Und ihr Mitglied Dredt ist in der Regierung.) Das ist nicht wahr. Wir können nichts dafür, wenn von der Regierung die Presse falsch informiert wird.

Abg. Rauh-Randow (Bayr. Volkspartei): Die Sanierung der Reichsfinanzen ist notwendig, aber sie darf nicht auf Kosten der Länder und Gemeinden erfolgen. Es muß alles versucht werden, die Arbeitslosigkeit zu vermindern. Die Preisentwicklung wird vor allem gesteuert durch das Preisbild der Rente und Goldmark. Für das deutsche Volk ist es aber eine Schicksalsfrage, daß wir von den hohen Preisen herunterkommen. Wir sind von Ländern umgeben,

deren Valuta weit unter dem Stand der Vorkriegswährung steht. Es kommt alles darauf an, daß wir Preise, Gehälter und Löhne gleichmäßig senken. Abg. Dr. Weber (Deutsche Staatspartei) verliest eine Erklärung seiner Fraktion, die der Notverordnung gegenüber ausspricht. Es kommt alles darauf an, daß wir Preise, Gehälter und Löhne gleichmäßig senken. Abg. Dr. Weber (Deutsche Staatspartei) verliest eine Erklärung seiner Fraktion, die der Notverordnung gegenüber ausspricht. Es kommt alles darauf an, daß wir Preise, Gehälter und Löhne gleichmäßig senken.

Reichskanzler Dr. Brüning:

Vor dem ganzen Hause muß ich dem Abgeordneten Drewnik gegenüber feststellen, daß die Reichsregierung von ihren Informationen, die sie der Presse über den Fall Dredt gegeben hat, kein Wort zurückzunehmen hat und daß diese Informationen vollkommen der Wahrheit entsprechen. (Sehr laut.) Dem Abg. Rauh kann ich erwidern, daß bei den leitenden Beamten der Reichsbahn die gleiche Prozentsatz Gehaltskürzung - auch bei den Leitungsangestellten - durchgeführt worden ist, wie bei den Ministern. Wir haben an die Epigonalität der deutschen Wirtschaft die gleiche Maßnahme gerichtet und diese Maßnahme ist schon in vielen Fällen bei den Beamten der leitenden Stellen durchgeführt worden. (Ruh.) Es hat sich überhaupt im Laufe eines erheblichen Zeitraums zur freiwilligen Arbeit an den Plänen der Reichsregierung gezeigt. Das gilt auch für die Preisentwicklung. (Ruh.) Ich erwidere auf die Kommunisten. Es ist aber notwendig, daß die Preisentwicklung nicht schnell bis zu dem Punkte durchgeführt werde, den sich die Reichsregierung als Ziel gesetzt hat. (Ruh.) Ich erwidere auf die Sozialisten. Würde sich die Preisentwicklung nicht so rasch bewegen, dann bekäme allerdings für die Wirtschaft die Gefahr, daß die Rückversicherung sich stark zurückziehen. Die Reichsregierung wird selbst öffentlich erklären, wenn sie glaubt, ihr Ziel bei der Preisentwicklung erreicht zu haben. Angeblich in dieser Zeitpunkt noch nicht gekommen. Der Zeitfahrhandel kann eine weitere Preisentwicklung nicht vornehmen. (Zurufe bei der SPD.) Abg. Drewnik hat erklärt, die Notverordnung könne die Wirtschaft nicht voll befriedigen. Die Reichsregierung hat aber nie ein Geßtaffer daran gemacht, daß die Notverordnung nur einen Anfang darstellt und daß weitere Maßnahmen zur Gesundung der Wirtschaft folgen sollen. (Rufe bei den Kommunisten: "Es sollen also noch weitere Maßnahmen folgen!") Die Regierung hat mit den Parteien Führung genommen und hat zu einem hohen Prozentsatz die Wünsche der Parteien verwirklicht. Die letzten 10 Prozent, die in der neuen Notverordnung nicht verwirklicht sind, würden weder auf diesem noch auf dem normalen parlamentarischen Wege zu verwirklichen sein. (Zurufe bei den Nationalsozialisten: Was bedeutet das?) Das Parteifordernge übersteigt nicht hundertprozentig erfüllt werden können, auch für nicht! Auf einen weiteren Jurens der Nationalsozialisten - ja, ja, machen Sie mir denn einen Vorwurf darauf, daß ich nachdenke? (Sehr laut.) Sehr gewundert habe ich mich über die heftige Rede des Abg. Weber, gerade die Kritik der Landvolkpartei an dem Inhalt der Notverordnung hätte bedenken müssen, daß eine Ablehnung der Maßnahmen für die Landwirtschaft in kurz gefolgtem wären. Es kommt mir aber so vor, als ob einzelne Parteien nur das in Notverordnungen niedergelegte wolle, was ihnen besonderen Interessen entspricht. Das aber ist ebenso unzulässig, wie es sich als unzulässig zeigte, vor Erlass der Notverordnung eine parlamentarische Mehrheit auf ihren Inhalt zu einigen. Man muß auch bedenken, daß das Interesse der Landwirtschaft nicht allein auf hohe Preise beruht. In den Ballerhöbungen sind wir bereits sehr weit gegangen.

Es gibt wohl wenig Länder, die eine beträtige erfolgreiche Politik für die Landwirtschaft geziehen haben, wie wir. (Widerpruch rechts.) In dem Augenblick aber, in dem wir jetzt die Preise der landwirtschaftlichen Produkte auf einer gewissen Höhe stabilisieren wollen, stehen wir zugleich vor einer Weltwirtschaftskrise, die nicht so ohne weiteres zu überwinden ist.

Ich verziehe, daß das deutsche Volk ohne Unterschied der Parteien den schwersten Druck der Reparationslast spürt und hofft, daß dieser Druck erleichtert wird. Aber wenn Sie weiter nichts können, als daß Sie hinter jedem Problem und hinter jeder Frage als einziger Antworter die Tributzurücklegen, dann können Sie weder der Landwirtschaft noch der Wirtschaft überhaupt helfen. (Wiederholte Jurens des nat.-soz. Abg. Reinhard.) Wenn ich politische Bezeichnung brauche, werde ich mich an Sie wenden, Herr Reinhard, als die geistliche Persönlichkeit. (Sehr laut und Beifall.) Wir haben alles versucht, um auch mit dem Druck der Fülle dem Weltmarkt zu helfen. (Zurufe: Veredelungswirtschaft!) Ja,

darauf wollte ich gerade zu sprechen kommen. (Zurufe: "Veredelungswirtschaft!") - Weiteres folgt.)

Wenn Sie sich darüber einig sein könnten, in welcher Form und mit welchen Persönlichkeiten das Kabinett veredelt werden kann, so wäre das erfreulich. Die Reichsregierung hat sich eingehend mit dem Schatz der Veredelungswirtschaft beschäftigt. Wenn Sie aber in der Landvolkpartei standen, den notwendigen Maßnahmen der Reichsregierung ihre Zustimmung zu verweigern, so kann ich Ihnen nur das eine sagen: Bei einer solchen ablehnenden Haltung werden auch alle weiteren Maßnahmen die Lage der Landwirtschaft nicht retten können, denn das erste Problem auch für die Landwirtschaft, namentlich für die Einzelkulturen und Getreidekulturen der Landwirtschaft ist die Sicherung unserer öffentlichen Finanzen. Sie können Hilfsmittel für die Landwirtschaft beschließen, wie Sie wollen, wenn werden alle übrigen Maßnahmen nicht ihren vollen Erfolg haben können. (Sehr richtig!)

Ich beantrage nicht, weshalb landwirtschaftliche Organisationen gegen die landwirtschaftliche Einzelkulturerziehung und die Sozialversicherung trifft, wenn sie den Preisböden festsetzt, so ist das liberale Arbeiterpolitik (Nurufe bei den Kommunisten, Ordnungsdienst gegen den Abg. Rödel, Kommunist.) Wenn ich Ihnen (zu den Kommunisten) antworten wollte, dann müßte ich auf die Verhältnisse eines anderen Landes eingehen, wo die Lage der arbeitenden Klassen viel schlimmer ist als bei uns. (Abg. Rödel-Kommunist: Sie kommen ab und dort wird angedacht! - Rufe bei den Kommunisten, Jurens bei den Sozialdemokraten: Jurens bei den Kommunisten. Abg. Rödel: "Hier Millionen Gewerkschaft gibt es in Deutschland, Herr Kunkler.")

Die Reichsregierung muß in jeder Stunde die Vorteile wahren, zu glauben, daß unmittelbar und sofort an den Bestimmungen der Notverordnung noch irgendein weiteres oder überhaupt irgend etwas geändert werden könnte. Ich habe vorhin schon ausgesprochen, daß die Reichsregierung die Wünsche beachten wird, daß sie bereit ist, das Werk der Sanierung zu vollenden und unsere Finanzen gesichert sind. (Zurufe bei den Nationalsozialisten: "Wir haben ja gar keinen Kredit!") Die Wünsche der Parteien auf normalem Wege auf das sorgfältigste zu berücksichtigen.

Ich muß aber daran warnen, daß im Laufe der Debatte die Parteien sich in Einzelheiten vertieren. Ich muß daran warnen, daß dadurch eine Stimmung erzeugt wird, die nicht nur in diesem hohen Hause, sondern in der Welt die bedenklichsten Konsequenzen haben müßte. Es ist meine Pflicht, in dieser ersten Stunde dies zu bitten, daß die Notverordnung, so wie sie ist, angenommen bzw. nicht aufgehoben wird, daß die Entscheidung darüber ebendieses Geschäft wird. Und meine Herren, seien Sie sich Ihrer Verantwortung bewußt. Halten Sie mit Ihrer Kritik in dieser wirklich ersten Stunde zurück! Sie wissen nicht, wenn die Dinge etwa zum Scheitern kommen sollten, was hinter diesen Schaltern stehen könnte. Sie tragen eine schreckliche Verantwortung und ich bin überzeugt, daß es genügt, die Parteien an diese Verantwortung erinnern zu lassen, daß sie sich ihrer Pflicht dem Staat, dem Volk gegenüber bewußt werden, und den Mut haben (ärmliche Zwischenrufe bei den Kommunisten) die Maßnahmen zu erlassen, die es dem Volk ermöglichen, über diese schweren Zeiten hinweg zu kommen. (Geßtaffer Beifall in der Mitte.)

Die Sitzung dauert bei Schluß der Redaktion noch an.

Rücktritt Dr. Dredts genehmigt.

Berlin. (Funkspruch.) Der Herr Reichspräsident hat das Rücktrittsgesuch des Reichsjustizministers Prof. Dr. Dredt genehmigt.

Gegen Realsteuern und Abbau des Mieterzuges.

Abg. Berlin. Der Reichsbund Deutscher Mieter hat sämtliche Reichstagsfraktionen seine Einsprüche gegen die Bestimmungen der Notverordnung über die Entzung der Realsteuern und den Abbau des Mieterzuges zur Kenntnis gebracht. Der Bundesbeirat des Reichsbundes und Vertreter der größeren Vereine aus dem ganzen Reich werden am Sonntag, dem 7. ds. Mts. einmündig zur Notverordnung Stellung nehmen und im Anschluß daran ihre Forderungen nochmals den Reichstagsfraktionen unterbreiten.